



## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl, Andreas Winhart, Jan Schiffers, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

### **Verständnis schaffen – Datengrundlagen offenlegen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten,

- von welchen Branchen bzw. Gewerbezweigen welches Risiko für die Pandemie ausgeht, wenn diese öffnen würden,
- auf welcher Grundlage die Staatsregierung zu diesen Einschätzungen kommt und welche Wissenschaftler hier welche Einschätzungen gegenüber der Staatsregierung abgegeben haben,
- für welche Bereiche konkrete Gefährdungsanalysen durchgeführt wurden,
- wie statistische Fehler (zum Beispiel durch fehlerhafte PCR-Tests oder Übermittlungsspannen) bei den Entscheidungen bereinigt werden,
- welche anderen Kennzahlen für die Entscheidung herangezogen werden neben den Inzidenzen, die nur die Anzahl der positiv Getesteten abbilden und wie diese Kennzahlen bei den Entscheidungen gewertet werden,
- wie die Staatsregierung den Ansatz des Freistaates Sachsen sieht, bei den Maßnahmen die Gesamtzahl belegter Klinikbetten mit Coronapatienten mit einzubeziehen.

### **Begründung:**

Unter anderem im RKI-Bulletin (RKI = Robert Koch-Institut) vom 27. Oktober 2020 wurde dargelegt, wo sich Menschen mit SARS-CoV-2 infizieren. Es erscheint nirgends nachvollziehbar, wo diese Erkenntnisse in Entscheidungen der Staatsregierung einfließen. So ist es nicht vermittelbar, wieso das Infektionsrisiko in einem Supermarkt anders sein soll als in einem Bekleidungsgeschäft oder einem Baumarkt. Es drängt sich die Vermutung auf, dass die Leute durch möglichst komplizierte Regelungen so demotiviert werden sollen, dass sie von sich aus gar keine Lust mehr haben, das Haus zu verlassen.

Die Staatsregierung soll deshalb alle Entscheidungsgrundlagen, Risikoabschätzungen und Informationen offenlegen, die zu den Maßnahmen geführt haben. Nur so kann sichergestellt werden, dass Bevölkerung und Parlament einen klaren Blick auf die Maßnahmen haben und sich weder der Eindruck der Willkür noch der Eindruck, dass Lockerungen nur wegen anstehender Wahlen beschlossen wurden, verfestigt. Zudem wird eine Einschätzung gewünscht, wie der Ansatz des Freistaates Sachsen gewertet wird, belegte Klinikbetten mit einzubeziehen.